

**SAFER WORLD** is a private independent international internet information network  
[www.safer-world.org](http://www.safer-world.org)

**newsletter 66 / 02. 05. 2004**

## **AKTIV**

Von der ödp Bayern: **Volksbegehren "Gesundheitsvorsorge beim Mobilfunk"**

Mit dem Volksbegehren "Für Gesundheitsvorsorge beim Mobilfunk" will die ödp zur Zeit eine Änderung der Bayerischen Bauordnung bewirken und die Genehmigungsfreiheit für Mobilfunksendeanlagen aufheben. Bürgermeister, Kommunalparlamente und Bürger/innen sollen dadurch ein besseres Mitspracherecht bei der Standortsuche erhalten. Bisher können die Mobilfunkbetreiber bei Sendeanlagen bis zu 10 Meter Höhe ohne jede öffentliche Kontrolle entscheiden, wo sie diese aufstellen. Durch eine bürgerfreundlichere Standortauswahl soll die Strahlenbelastung minimiert werden. Dies sei notwendig, weil sich die Bundesregierung weigert, die überhöhten deutschen Grenzwerte zu senken. Da die Grenzwerte Bundesangelegenheit sind, ein bundesweites Volksbegehren jedoch rechtlich nicht möglich ist, bleibt als Ansatzpunkt derzeit die Aufhebung der Genehmigungsfreiheit in Bayern.

*Urban Mangold, Organisator des Volksbegehrens*

=====

## **BITTE UM HILFE**

Eine Initiative sucht Informationen und Erfahrungsaustausch zum Thema **Muelldeponie**. Kontakt ueber [info@safer-world.org](mailto:info@safer-world.org)

=====

## **CHEMIKALIEN – NITROFEN**

**Giftiges Gutachten / foodwatch macht Nitrofen-Studie öffentlich** Berlin (ots) - Zwei Wochen nach Einstellung der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen zum Nitrofen-Skandal enthüllt foodwatch neue Fakten. Sie stammen aus einem unter Verschluss gehaltenen Gutachten, das die Universität Rostock im Auftrag der Staatsanwaltschaft Neubrandenburg erstellt hat. Damit sich die Bevölkerung ein eigenes Bild zum Nitrofen-Fall machen kann, dokumentiert foodwatch das Gutachten unter <http://www.foodwatch.de/> im Internet.

"Die Nitrofenmengen in der betroffenen Lagerhalle reichten aus, um tausende Tonnen Futtermittel zu vergiften. Das Gutachten bestätigt frühere foodwatch-Recherchen, nach denen die Tragweite des Nitrofen-Skandals weitaus größer ist als bisher bekannt", so foodwatch-Sprecher Carsten Direske.

Die Staatsanwaltschaft Neubrandenburg begründete am 14.4.2004 die Einstellung des Ermittlungsverfahrens gegen Verantwortliche damit, dass mit dem Inverkehrbringen von Nitrofen-Getreide "keine konkrete Gesundheitsgefährdung von Menschen verbunden war" und "keine vorsätzlichen Verhaltensweisen zugrunde lagen".

Im Gutachten der Universität Rostock für die Staatsanwaltschaft heißt es, "dass Nitrofen auch wegen seiner krebserregenden und potenziell erbgutschädigenden Wirkungen auch in geringen Dosen ein nicht akzeptables Risiko bei Aufnahme mit Lebensmitteln darstellt". Risiken werden insbesondere für Schwangere abgeleitet, da die in Lebensmitteln gemessenen Nitrofen-Belastungen

deutlich über den von zwei weiteren Studien als kritisch angesehenen Werten lagen. Laut Gutachten ist aus den Untersuchungen zudem ersichtlich, "daß auch andere Wirkstoffe z.B. DDT, Lindan u.a. beteiligt waren. Dieser Sachverhalt war aber nicht Untersuchungsgegenstand."

Ebenso stellt das Gutachten fest: "So wie sich die Lagerhalle bei seiner Begehung am 01.07.2002 zeigte, muss nach menschlichem Ermessen jedem Bürger der Bundesrepublik Deutschland, unabhängig von seiner Bildung und Verantwortung, beim Betreten der Halle aufgefallen sein, dass der starke Geruch nach Chemikalien und die besonderen Verfärbungen auf dem Hallenboden nicht von vorschriftsmäßig gelagertem Getreide verursacht sein können."

Für foodwatch liegt es auf der Hand, dass die Verantwortlichen die Chemikalienbelastung nicht übersehen haben können. "Verantwortliche bleiben ungestraft, weil nach Auffassung der Staatsanwaltschaft die bestehenden Gesetze nicht ausreichen", schließt Carsten Direske und kündigt die Prüfung weiterer juristischer Schritte an. Als Konsequenzen aus dem Nitrofen-Fall fordert foodwatch:

- Futtermittel müssen Lebensmitteln rechtlich gleichgestellt werden.
- Die Vorschriften für die Lagerung und den Transport von Futtermitteln müssen präzisiert werden.
- Die Bußgelder müssen drastisch angehoben werden.
- Das fahrlässige Inverkehrbringen kontaminierter Lebensmittel, das bislang lediglich bußgeldbewehrt ist, muss als Straftatbestand ausgestaltet werden und folglich mit Geld- und/oder Freiheitsstrafe bewehrt werden.
- Außerdem muss die zivilrechtliche Haftung verschärft werden, damit die Unternehmen zum Abschluss entsprechender Versicherungen gezwungen werden

ots Originaltext: foodwatch e.V., Digitale Pressemappe: <http://presseportal.de URL steht nicht mehr zur Verfuegung. /story.htx?firmaid=50496>

Pressekontakt: Carsten Direske, [presse@foodwatch.de](mailto:presse@foodwatch.de) , [www.foodwatch.de](http://www.foodwatch.de)

=====

## **CHEMIKALIEN – TRICLOSAN**

**"Triclosan in Textilien gesundheitsbelastend und überflüssig"** / GREENPEACE MAGAZIN-Stofftest: Vier von sechs Textilien mit antibakterieller Ausstattung enthielten die umstrittene Chemikalie Triclosan

Hamburg (ots) - Im Kampf gegen Schweißgeruch werden immer mehr Textilien mit umstrittenen Chemikalien behandelt. Ein Test des Kölner eco-Umweltinstitutes für die neueste Ausgabe des GREENPEACE MAGAZINS weist in vier von sechs Textilien die antibakterielle Chlorchemikalie Triclosan nach.

Die Profi-Rad-Caprihose von Tchibo, das Langarmhemd Thermolite AirX von Rukka, die Strumpfhose Montreal von Cette und ein Badeanzug der Firma Solar waren mit einem so genannten "eingebauten Deodorant" der Schweizer Firma Sanitized ausgestattet, welches das Wachstum von Geruch bildenden Bakterien hemmen soll. Die Textilien enthielten Triclosan in Konzentrationen von bis 500 Milligramm pro Kilogramm Textil.

Die EU stuft das Dauergift aus der Gruppe der Chlorphenole als "umweltgefährdend" ein. Zwar fehlen Grenzwerte für Triclosan in Kleidung, nach Ansicht von Experten gelten Werte ab 400 Milligramm pro Kilo jedoch als "erhebliche" Menge. "Triclosan ist überflüssig und belastet die Gesundheit", urteilt der Greenpeace-Chemieexperte Manfred Krautter, schon aus Vorsorgegründen gehöre es verboten. Die EU müsse den Konsumenten solch problematische Substanzen durch das neue Chemikaliengesetz REACH vom Leibe halten.

Triclosan greift den natürlichen Schutzmantel der Haut an, weil die Substanz auch nützliche Keime tötet, bestätigt Prof. Dr. Uwe Wollina, Chefarzt der Hautklinik Dresden. "Eine unspezifische Reduktion der Bakterienzahl auf der Haut ist bei gesunden Menschen von zweifelhaftem Wert", schreibt der Dermatologe in einer Stellungnahme für das Hamburger GREENPEACE MAGAZIN.

Obwohl die Firma Sanitized argumentiert, ihr Produkt sei fest mit der Faser verbunden und ein Einfluss auf die Hautflora könne "praktisch ausgeschlossen" werden, zeigt ein zweiter Test des eco-Institutes, dass Triclosan durch Schweiß bereits nach einer Stunde aus der Faser gelöst wird - es also auf der Haut landet.

Das Bundesinstitut für Risikobewertung in Berlin (BfR) will in einer Anhörung mit Textil- und Chemieverbänden den ausufernden Einsatz von Triclosan in Kleidung hinterfragen. "Waschen, trocknen, luftig halten" reiche gegen Schweißgeruch völlig aus, erklärte BfR-Experte Wolfgang Lingk.

Die Testergebnisse und eine Bewertung erhalten Sie von GREENPEACE MAGAZIN-Redakteurin Dr. Kirsten Brodde (040 - 30618 292) und dem Greenpeace-Chemieexperten Manfred Krautter (0171-878081-0).

Die Ergebnisse des Triclosan-Tests finden Sie auch im Internet: <http://www.greenpeace-magazin.de>

=====

## ELEKTRO-MAGNETISCHE STRAHLUNG

Vom Umweltinstitut München e.V. - 28. April 2004 **Der Mobilfunk-Betreiber T-Mobile will keinen Hinweis auf versteckte Mobilfunkantennen.** Einen Beitrag über deren plumpen Versuch der Einflussnahme auf unsere Berichterstattung enthält auch Bilder von „Kaminen“, die nicht dem Rauchabzug, sondern der Verkleidung von Mobilfunkantennen dienen ...  
<http://www.umweltinstitut.org/frames/all/m390.htm>

18 Jahre nach Tschernobyl: EU-Grenzwerte und radioaktive Belastung von Lebensmitteln  
<http://www.umweltinstitut.org/frames/all/m386.htm>

Radioaktivitäts-Messstelle des Umweltinstitut München e.V.: Hohe Messgenauigkeit bestätigt  
<http://www.umweltinstitut.org/frames/all/m387.htm>

Gentechnikfreie Landwirtschaft schlecht geschützt - Quadratur des Kreises: das neue Gentechnikgesetz <http://www.umweltinstitut.org/frames/all/m388.htm>

Die neue EU-Richtlinie bedeutet eine Einführung durch die Hintertür Saatgut in Gefahr: Ein bisschen Gentechnik gibt es nicht <http://www.umweltinstitut.org/frames/all/m389.htm>

Sicherheitsmaßnahmen durchgesetzt. Der Streit um die Olchinger „Vitaminkartoffel“ geht ins zweite Jahr <http://www.umweltinstitut.org/frames/all/m346.htm>

Umweltinstitut München e.V., Schwere-Reiter-Str. 35 / 1 b, D-80797 München  
<http://www.umweltinstitut.org>, [hu@umweltinstitut.org](mailto:hu@umweltinstitut.org)

\*\*\*

Vom Mobisfunk-newsletter(Auszug)

22.04.2004, **Reduzierung von Strahlenbelastung: Bundeskabinett will "Strahlenpass" einführen**

Arbeitnehmer, die an unterschiedlichen Einsatzorten einer radioaktiven Strahlung ausgesetzt sind, bekommen künftig einen "Strahlenpass". Rund 75 000 Menschen in Deutschland seien von der neuen Regelung betroffen, teilte das Umweltministerium mit. Sie bekommen einen Ausweis, in dem die aktuelle Strahlenbelastung registriert wird. Dies soll sicherstellen, dass die Strahlenbelastung bekannt ist. So könnten bereits unterhalb der zulässigen Grenzwerte in den Betrieben Maßnahmen zur Reduzierung der Strahlenbelastung getroffen werden. Die ganze Nachricht im Internet: [http://www.ngo-online.de/ganze\\_nachricht.php4?Nr=8276](http://www.ngo-online.de/ganze_nachricht.php4?Nr=8276)

Omega: warum gilt das nicht für die deutsche Bevölkerung in Bezug auf Mobilfunkstrahlenbelastungen? „So könnten bereits unterhalb der zulässigen Grenzwerte in den Betrieben Maßnahmen zur Reduzierung der Strahlenbelastung getroffen werden.“ Wie gerne würden wir das auch im Zusammenhang mit gepulstem Mobilfunk lesen! Warum werden für die Bevölkerung bereits unterhalb der zulässigen Grenzwerte nicht auch „Maßnahmen zur Reduzierung der Strahlenbelastung getroffen“? Damit räumt das Umweltministerium ein, dass Schäden auch unterhalb der zulässigen Grenzwerte eintreten können.

### **WHO: Menschen als Versuchskaninchen?**

Mike Repacholi, der 'Beauftragte der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zur Untersuchung der Gefahren von elektromagnetischer Strahlung', sagte im Februar 2003 an der EMC-Konferenz in Zürich:

Repacholi weist diesen Einwand, die Telekommunikationsindustrie missbrauche die Bevölkerung als Versuchskaninchen für Technologien, deren gesundheitliche Auswirkungen nicht klar seien, nicht völlig von der Hand.

Repacholi bestätigt, dass bei der Zulassung neuer Medikamente viel strengere Maßstäbe gelten.

Repacholi gibt zu, dass der rasche technologische Fortschritt und der ungestillte Hunger der Mobilitätsgesellschaft nach Neuerungen eine Risikoprüfung vor der Einführung neuer drahtloser Technologien unpraktikabel macht.

Repacholi sagt, es sei nicht auszuschließen, dass elektromagnetische Strahlung von einigen Personen stärker wahrgenommen werde.

Repacholi betont, man befinde sich derzeit in einem wissenschaftlichen Notstand.

Repacholi rät verunsicherten Handynutzern schon heute zum Gebrauch eines Headsets, das die Strahlungsexposition des Kopfes reduziere.

Das sagt nicht irgendwer, sondern der 'Beauftragte der Weltgesundheitsorganisation (WHO)

Das Mobilfunknetz wird ohne ausreichende Untersuchung der Folgen rasant ausgebaut und die Bevölkerung dient gleichzeitig als Versuchskaninchen. Bleibt zu hoffen, dass die wissenschaftlichen Studien nicht nur zur Beruhigung der Menschen durchgeführt werden, sondern tatsächlich in konkrete Maßnahmen zur Minimierung der Elektromog-Belastung münden. Gegen den Widerstand der Telekommunikationsbranche, die vollendete Tatsachen schaffen kann, wird das nicht einfach. Zumindest bis zufriedenstellende Erkenntnisse über die Belastung durch UMTS-Elektromog vorliegen, sollte sich jeder vorsorglich gegen Mobilfunksender in unmittelbarer Nähe seiner Wohnung wehren.

Link steht nicht mehr zur Verfügung

Bürgerwelle e.V. Dachverband der Bürger und Initiativen zum Schutz vor Elektrosmog, E-Mail : [pr@buergewelle.de](mailto:pr@buergewelle.de) , Internet <http://www.buergewelle.de> Tel. Auskünfte: Barbara Eidling Tel. 0049-(0)8171-18898.

Beiträge von BI Omega finden Sie u.a. unter: <http://www.buergewelle.de> (in Deutsch und Englisch) <http://www.mobilfunkkritiker.de> (in Deutsch) <http://www.grn.es/electropolucio/ciogerman.htm> (in Deutsch) [http://de.groups.yahoo.com/group/mobilfunk\\_newsletter/](http://de.groups.yahoo.com/group/mobilfunk_newsletter/) (in Deutsch) <http://www.oekosmos.de/article/archive/20/> (in Deutsch) <http://de.groups.yahoo.com/group/elektrosmog-liste> (in Deutsch) <http://starmailgermany.tripod.com/> (in Deutsch) <http://forum.webmart.de/wmmsg.cfm?id=601862&t=835668#4039477> (in Deutsch) <http://www.grn.es/electropolucio/00omega.htm> (in Englisch) <http://groups.yahoo.com/group/emf-omega-news/> (in Englisch) <http://teleline.terra.es/personal/kirke1/pagact.html> (in Englisch) [http://www.hohle-erde.de/body\\_home.html#bio](http://www.hohle-erde.de/body_home.html#bio) (Link für Newsletterbestellung u.a.)

=====

## **GENTECHNIK**

30. April 2004. Friends of the Earth Europe, Coordination gegen BAYER-Gefahren e.V., Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND), LV NRW, BUNDjugend

### **Gegenanträge und Proteste bei BAYER-Hauptversammlung. Europäische Umweltverbände protestieren gegen Gentechnik im Essen**

Auf der heutigen Hauptversammlung der BAYER AG protestieren Umweltverbände aus ganz Europa gegen das Gentechnik-Engagement des Konzerns. Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), die Coordination gegen BAYER-Gefahren, Friends of the Earth Europe und die BUNDjugend fordern BAYER auf, den Verkauf von gentechnisch verändertem Saatgut unverzüglich einzustellen. Die Umweltorganisationen, die gemeinsam rund eine halbe Million Mitglieder repräsentieren, haben Aktien von BAYER gekauft und reichen in der Versammlung Gegenanträge ein. Vor den Messehallen in Köln-Deutz begrüßen sie die Aktionäre mit Straßentheater und einem Banner "BAYER: Hände weg von unserer Nahrung". Blickfang ist ein als BAYER-Konzern verkleideter Aktivist. An seinem Bein hängt eine Kette mit einer riesigen Kugel, auf der "Gentechnik" steht.

Geert Ritsema vom Dachverband Friends of the Earth Europe, zu dem auch der BUND gehört: "Gentechnisch veränderte Nahrungsmittel stellen ein unabsehbares Risiko für die menschliche Gesundheit dar. Kein Wunder, dass drei Viertel der Verbraucherinnen und Verbraucher Gentechnik in der Nahrung ablehnen".

Philipp Mimkes von der Coordination gegen BAYER-Gefahren ergänzt: "Genfood wird allein aus Profitinteresse in den Markt gedrückt. Die Ankündigungen der Agro-Konzerne, mittels Gentechnik das Welthunger-Problem zu lösen oder den Verbrauch von Pestiziden zu verringern, haben sich als bloße Propaganda erwiesen. Wir fordern BAYER auf, sofort aus der Produktion von gentechnisch veränderten Pflanzen auszusteigen."

Trotz intensivem Lobbying hat BAYER in Europa bislang für keine einzige transgene Pflanze eine Zulassung erhalten. Vor wenigen Wochen verzichtete der Konzern in England wegen zu hoher Umweltauflagen auf den Anbau von Gen-Mais. Im Januar wiesen die belgischen Behörden einen Antrag von BAYER für Gen-Raps zurück - wegen "Risiken für die Artenvielfalt".

BAYER hat zudem als erstes Unternehmen eine Importgenehmigung für genmanipulierten Reis in die EU beantragt. Kritiker werfen BAYER vor, dadurch die Gesundheit europäischer VerbraucherInnen in unverantwortlicher Weise zu gefährden. Zudem würden bei einer Genehmigung umweltfeindliche Anbaumethoden in Entwicklungsländern eingeführt - mit unabsehbaren Folgen für die weltweite Ernährungssicherheit. Der Antrag wird - nachdem 9 von 15 europäischen Regierungen Bedenken angemeldet haben - gegenwärtig von der EU geprüft.

Marieke Kodweiß von der BUNDjugend: "Große Konzerne wollen Gentechnik weltweit durchsetzen. Die US-Regierung klagt bei der Welthandelsorganisation (WTO), um EU-Regelungen zur Gentechnik

auszuhebeln. Auch dahinter stecken BAYER und Konsorten. Gegen diese unheimliche Allianz aus Konzernen, Politikern und WTO müssen wir Verbraucher uns wehren!"

Weitere Informationen:

Geert Ritsema, Friends of the Earth Europe, [www.foeeurope.org](http://www.foeeurope.org) ,  
[geert.ritsema@foeeurope.org](mailto:geert.ritsema@foeeurope.org)

Philipp Mimkes, Coordination gegen BAYER-Gefahren, [www.CBGnetwork.org](http://www.CBGnetwork.org)  
[CBGnetwork@aol.com](mailto:CBGnetwork@aol.com)

Yannick Jochum ,BUNDjugend, [www.GENug-WTO.de](http://www.GENug-WTO.de) , [presse@bundjugend.de](mailto:presse@bundjugend.de)

=====

## GENTECHNIK – PATENTE – KOSTEN

### 28.04.04 Die wahren Kosten der Gen-Patente / Neue Greenpeace-Studie dokumentiert ökonomische Folgen

Hamburg (ots) - Hamburg/Berlin, 28. 4. 2004 - Über 100 Patente auf Gene von Mensch und Tier wurden im Jahr 2003 nach Recherchen von Greenpeace vergeben. Die Folgen derartiger Patente sind erheblich: Für bestimmte Arzneimittel und Diagnosetests explodieren die Kosten, Ärzte werden in ihrer Arbeit behindert, die Pflanzenzucht wird blockiert sowie Forschung und Entwicklung beeinträchtigt. Das ist das Ergebnis der Dokumentation "Die wahren Kosten der Gen-Patente", die Greenpeace heute zusammen mit Misereor und der Bundesärztekammer in Berlin vorstellt. Untersucht wurden insbesondere Patente auf Gene und auf Saatgut. Greenpeace, Misereor und Bundesärztekammer lehnen die Umsetzung der Gen-Patentrichtlinie der EU in Deutschland ab, die der Bundestag derzeit berät.

"Mit den weitreichenden Monopol-Patenten zocken einzelne Firmen auf Kosten der Allgemeinheit ab", sagt Christoph Then, Patentexperte von Greenpeace. "Einen Nutzen von den Gen-Patenten haben die Patentinhaber und die Patentanwälte, die dieses System auch erfunden haben. Ärzte, Patienten, Landwirte und Züchter geraten in ein Netzwerk von neuen Abhängigkeiten", warnt Then. Dass Gen-Patente nicht Innovation fördern, sondern in vielen Fällen Forschung behindern, bestätigen auch unabhängige Wissenschaftler wie Prof. Dr. Michael Trommetter vom Institut National de la Recherche Agronomique in Frankreich, der heute an der Pressekonferenz teil nahm.

Die von Greenpeace dokumentierten Fälle zeigen, wie systematisch derzeit das Patentrecht zum Abkassieren missbraucht wird. Die Patentinhaber vervielfachen die Kosten zur Untersuchung von Blutproben, verbieten den Einsatz besserer Testverfahren und zwingen Labors, ihre Forschung einzustellen. In der Pflanzenzucht wird inzwischen alles vom Saatkorn bis zur Ernte patentiert mit enormen Auswirkungen auf Kosten und Struktur des Marktes: Global haben sich inzwischen einige wenige Agrochemie-Konzerne durchgesetzt, die das Geschäft mit Saatgut kontrollieren. Auch in Deutschland ergibt sich ein erschreckendes Bild: 50 Prozent der Patente entfallen hier auf Bayer und BASF, nur neun Prozent auf traditionelle Züchter.

Die umstrittene EU-Richtlinie erlaubt ausdrücklich Patente auf Gene, Pflanzen und Tiere, sowie auf Teile des menschlichen Körpers. In der Richtlinie formulierte Verbote, wie das zur Patentierung menschlicher Embryonen, sind dagegen kaum wirksam. Bundesjustizministerin Renate Zypries (SPD) setzt sich trotz dieser offensichtlichen Folgen für Umsetzung in Deutschland ein.

"Die Justizministerin will Gen-Patente um jeden Preis durchsetzen. Sie ignoriert völlig die ethischen und ökonomischen Folgen. Zypries schreibt in der Begründung des Gesetzes, dass keine zusätzlichen Kosten zu erwarten wären. Unsere Studie beweist das Gegenteil und zeigt, dass wir alle die Zeche zahlen müssen," sagt Then.

Achtung Redaktionen: Rückfragen bitte an Dr. Christoph Then unter Tel. 0171-8780 832, Dr. Otmar Kloiber (Bundesärztekammer, Tel. 0221-4004 360), Bernd Nilles (Misereor, Tel. 0172-9473 741) oder

Pressesprecher Michael Hopf (Greenpeace, Tel. 0171-8780 835). Die Studie erhalten Sie im Internet oder unter Tel. 040-30618-391. Internet: <http://www.greenpeace.de/> ots-Originaltext: Greenpeace e.V. Digitale Pressemappe: <http://www.presseportal.de/story.htx?firmid=6343> Internet: <http://www.greenpeace.de/>

=====

## INTERNET

**Kostenfreie Recherche mit DIMDI SmartSearch.** Die DIMDI SmartSearch, die neue Benutzeroberfläche zur Datenbankrecherche beim DIMDI, steht jetzt auch für die kostenfreie Recherche in 36 medizinischen Literatur- und Faktendatenbanken zur Verfügung. Die neue Suchfunktion löst mit optimierter Technik und im komfortablen Layout die bisherige grips-WebSearch ab. Für die Recherche in toxikologischen Faktendatenbanken wurde die DIMDI SmartSearch speziell angepasst.

<http://www.dimdi.de/dynamic/de/dimdi/presse/pm/newsarticle.html?newsId=2739&channelId=177>

=====

## KURZINFO

1.05.2004

### **Computer: Giftige Ausdünstungen bei neuen Monitoren**

Fabrikneue Computermonitore können einen Stoff in die Raumluft abgeben, der im Verdacht steht, das Erbgut zu schädigen und Krebs zu erregen. Ein Röhrenbildschirm sowie ein moderner Flachmonitor fielen bei ersten Analysen mit einem neuen Prüfkammer- Verfahren durch unnötig hohe Emissionen von Phenol auf. <http://www.spiegel.de/spiegel/vorab/0,1518.druck-298002,00.html>

30.04.2004

**22.04.04 Schwere Bedenken gegen Gen-Mais** Französische Forscher haben schwere Bedenken gegen eine genetisch veränderte Mais-Sorte des US-Konzerns Monsanto angemeldet. Das Urteil fiel nach Tests an Ratten. <http://www.med1.de/News/Genetik.und.Gentechnik/>  
<http://www.med1.de/News/Ernaehrung/>

**Geburtsfehler durch Anti-Epileptika?** ATLANTA. Schwangere, die an einer Epilepsie leiden, bringen auffällig häufig Kinder mit Fehlbildungen zur Welt. Einige Forscher glauben, dass die zur Anfallsprophylaxe eingesetzten Medikamente daran ..

<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=16173>

29.04.2004

**Korrelation von Zahnroentgen und niedrigem Geburtsgewicht** Bereits geringe Strahlenmengen haben Auswirkungen <http://www.presetext.de/pte.mc?pte=040428032> Oder

**Niedriges Geburtsgewicht durch zahnärztliches Röntgen?** SEATTLE. Erhöhen zahnärztliche Röntgenuntersuchungen während der Schwangerschaft das Risiko auf ein niedriges Geburtsgewicht des Neugeborenen? Zu diesem Ergebnis kommt eine bevölkerungsbasierte ...

<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=16171>

**Neue Broschüre „Krebs in Deutschland“** BERLIN. Im Jahr 2000 erkrankten rund 183.000 Männer und 175.000 Frauen in Deutschland erstmalig an einer Krebserkrankung. Nach einer neuen Schätzung der Dachdokumentation Krebs im Robert Koch-Institut ...

<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=16163>

### **Jugendliche mit Hörschaden: Neue Broschüren**

Mainz (dpa) - Laute Musik und anderer Lärm führen bei fast jedem 5. jungen Menschen zwischen 6 und 24 Jahren zu bleibenden Hörschäden. Das teilte die rheinland-pfälzische Umweltministerin

Margit Conrad (SPD) am Mittwoch, dem Internationalen Tag...

<http://www.netdokter.de/nachrichten/index.asp?y=2004&m=4&d=29&id=110860>

### **Lungenkrank: Acht Millionen Deutsche betroffen**

Berlin (dpa) - **Jeder Zehnte in Deutschland ist lungenkrank:** Rund acht Millionen Menschen sind hier zu Lande betroffen, 100 000 sterben pro Jahr an Lungenleiden, die weltweit bereits zu den häufigsten Todesursachen zählen. «Alarmierend ist dabei die...

<http://www.netdokter.de/nachrichten/index.asp?y=2004&m=4&d=29&id=110865>

28. 04. 2004

**Ueber 15 Prozent sind sensibel auf Kontakt-Allergene.** Etwa 15 bis 20 Prozent der Bevölkerung in Deutschland reagieren sensibel auf mindestens ein häufig vorkommendes Kontakt-Allergen

<http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=306902,3365./medizin/allergien>

**Abgase schaden dem Herz der Fahrer.** Studie warnt vor Schadstoffemissionen

<http://www.presetext.de/pte.mc?pte=040427025>

27.04.2004

**2,2 Millionen Menschen sterben jährlich an den Folgen ihrer Arbeit.** GENF. Jedes Jahr sterben weltweit etwa 2,2 Millionen Menschen bei Arbeitsunfällen oder aufgrund arbeitsbedingter Krankheiten. Diese Zahl übersteige die Zahl der jährlichen Kriegsoffer, heißt es in ...

<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=16150>

**Gesundheitswesen angeblich immer korrupter.** Die Kriminalität im Gesundheitswesen nimmt angeblich immer mehr zu. Einem Zeitungsbericht zufolge liegt die Branche bei Korruption und Betrug auf Platz zwei hinter der Bauwirtschaft. Jährlich würden in der Branche bis zu zehn Milliarden Euro auf kriminelle Art erwirtschaftet, heißt es im "Westfalen-Blatt". Die Zeitung beruft sich auf eine Studie der Organisation Transparency International. Betroffen seien Ärzte, Krankenhäuser, Apotheken, die Pharmaindustrie und Versicherte. Auch das Bundeskriminalamt (BKA) gehe allein beim Abrechnungsbetrug zu Lasten der Krankenhäuser, Kassenversicherungen und Beihilfestellen von einem deutlich ansteigenden Trend aus, schreibt die Zeitung. (Quelle: [www.tagesschau.de](http://www.tagesschau.de) )

### **Versicherungen: Gefahr durch Passivrauchen am Arbeitsplatz**

München (dpa) - Bayerische Versicherungen warnen vor Gesundheitsgefahren durch Passivrauchen am Arbeitsplatz. Nichtraucher seien einem hohen Risiko ausgesetzt, wenn sie passiv Tabakrauch von rauchenden Kollegen aufnehmen, heißt es in einer Erklärung...

<http://www.netdokter.de/nachrichten/index.asp?y=2004&m=4&d=27&id=110772>

**Mehr als 500 000 Oesterreicher leiden unter Verkehrslärm. Deutschlands Kampf gegen Lärm kostet rund eine Mrd. Euro jährlich** <http://www.presetext.de/pte.mc?pte=040426015>

**Pestizid-Cocktail in frischen Erdbeeren entdeckt** Frische Erdbeeren aus südlichen Ländern sind oft stark mit Pestiziden belastet. In manchen Früchten finde sich ein ganzer Cocktail aus bis zu acht verschiedenen Chemikalien, berichtet das Magazin "Öko Test" .

<http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=306714,3364./medizin/ernaehrung>

25. 04. 2004

**Pestizid als Bienenkiller und Umweltschuetzer machen das Pestizid Imidacloprit, besser bekannt unter dem Namen Gaucho, fuer das Massensterben von Bienen in Sued-Frankreich verantwortlich.** Die Chemikalie habe rund 90 Milliarden Bienen getoetet, berichtet BBC-News. Neben einer Katastrophe fuer die Honigproduktion fuerchten Experten auch Auswirkungen auf Pflanzen, weil die wichtigen Bestaeuber fehlen.

23. 04 . 2004

**Greenpeace: Monsanto vertuscht Gefahren von Genmais.** Appell an EU-Agrarminister, Moratorium zu verlängern <http://www.presstext.de/pte.mc?pte=040423043>

**Zahl der Drogentoten rückläufig – „Komatrinken“ als neuer Trend.** BERLIN. Die Zahl der Drogentoten in Deutschland ist im vergangenen Jahr auf den niedrigsten Stand seit 14 Jahren gesunken. 2003 starben insgesamt 1 477 Menschen am Konsum illegaler Drogen.  
<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=16109>

14.04.2004

**Bettwanzen wieder auf dem Vormarsch Blutsauger entwickeln Resistenz gegen Pestizide**  
<http://www.presstext.de/pte.mc?pte=040414030>

13.04.2004

**Rauchen: Deutsche fuer Verbot in Kneipen.** Hamburg (dpa) - 53 Prozent der Menschen in Deutschland befürworten ein totales Rauchverbot in Kneipen und anderen öffentlichen Einrichtungen. 45 Prozent sind gegen ein Rauchverbot, wie es seit Ende März in Irland gilt, berichtete am Dienstag das... <http://www.netdokter.de/nachrichten/index.asp?y=2004&m=4&d=14&id=110326>

**Warnung: Import-Erdbeeren mit Pestiziden.** Düsseldorf (dpa) - Verbraucherschützer haben vor hohen Pestizidbelastungen von Import-Erdbeeren gewarnt. Bei einer Untersuchung von Erdbeeren ausländischer Herkunft wurden in allen 25 Proben Pestizide gefunden. In zwei Fällen habe die Giftbelastung <http://www.netdokter.de/nachrichten/index.asp?y=2004&m=4&d=14&id=110325>

\*\*\*

**Hilfreiche Infos om eco-Umweltinstituts, Ausgabe 2004-05: In eco-info, dem Newsletter des eco-Umweltinstituts,** informieren wir über die aktuellen Gesetze und Verordnungen auf nationaler und europäischer Ebene, Entwicklungen im Bereich der ökologischen Produktprüfung von Bedarfsgegenständen und Konsumartikeln, Neues vom Bekleidungs- und Baustoffmarkt und natürlich auch Entwicklungen aus dem eco-Umweltinstitut. Die Meldungen werden von uns nach journalistischen Kriterien ausgewählt und sollen zur Information dienen - nicht alle Inhalte geben dabei auch unsere Meinung wieder. Im Gegensatz zu vielen anderen Newslettern können bei uns Meldungen nicht gegen Gebühr veröffentlicht werden! Die Einzelnachrichten können Sie ausdrucken und per email weiterversenden. Sie können in der Nachrichten-Datenbank nach Kategorien, Zeiträumen oder Newsletterausgaben recherchieren oder die Volltextsuche nutzen. Probieren Sie es unter <http://www.eco-institut.de/> aus.

### **Die Nachrichten im Überblick**

1. WWF-Analyse: EU-Parlamentarier mit 76 Chemikalien belastet (WWF)
2. Gesundheitsgefährdende Kinderbekleidung nach wie vor im Verkauf (Greenpeace)
3. Gefährliche Chemikalien in Disney-Kinderkleidung (Greenpeace )
4. Sozialpartner gefragt (Europäische Kommission )
5. Umweltmedizinischer Informationsdienst veröffentlicht neue Forschungsergebnisse (Umweltbundesamt (UBA))
6. Ein unterschätztes Problem: Umweltbedingte Kontaktallergien (Umweltbundesamt (UBA))
7. Warum Dreck gesund hält (wissenschaft.de)
8. Weichmacher: PET-Flaschen leider nicht neutral! (umweltbrief.de)
9. Neue Risikobewertung im Praxistest (Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin)
10. Emissionen aus PC-Monitoren und Computern (Hauptverband der gewerbl. Berufsgenossenschaften)
11. VERBRAUCHER INITIATIVE e.V. zeichnet natureplus als Label des Monats aus (VERBRAUCHER INITIATIVE e.V. )
12. Umweltfreundliche Lackierungen (Fraunhofer-Gesellschaft)
13. Bessere Luft für EU-Bürger (Europäische Kommission )
14. Mit Textilbeton auf dem Weg zum superleichten Bauen (Technische Universität Dresden)
15. Asbesthaltige Fußbodenbeläge fachmännisch entsorgen (Verbraucherzentrale NRW)
16. Wenn Möbel krank machen (Möbel-Tipps)

17. Neues von Natureplus (Natureplus)
18. Schiffsanstriche müssen nicht giftig sein (WWF)
19. Chromatarmer Zement - idealer Ersatzstoff für die Bauwirtschaft (Hauptverband der gewerbl. Berufsgenossenschaften)
20. WWF stellt Regierungsbarometer zur Bekämpfung von illegalem Holz vor (WWF)
21. Überarbeitete "Einfuhrbibel" des Bafa online (Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK))
22. Test Schwarze BHs: Keine Busenfreunde (ÖKO-TEST)
23. Test Selbstbräuner: Bräunen ohne Bruzzeln (Öko-Test)
24. Europäische Stiftung für Allergieforschung eröffnet (Bundesgesundheitsministerium)
25. Auf neues Produktsicherheitsgesetz vorbereiten (Bundesverband des Deutschen Textileinzelhandels)
26. Auch bei Osterlämmern: Wahre Schönheit kommt von innen - 'Kuschelweiche' Wolle dank Schwefel! (Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft (FAL))
27. Tattoos und Permanent Make-Up sind nicht ohne Risiko (BfR Bundesinstitut für Risikobewertung)
28. Raumluftqualität an Büroarbeitsplätzen (Hauptverband der gewerbl. Berufsgenossenschaften)
29. Europawahl 2004: Für die Umwelt wählen gehen (WWF)
30. Nationale Zuständigkeitsordnung im Umweltschutz muss endlich europatauglich werden (BMU)
31. Jobmotor Umweltschutz: Fast 1,5 Millionen Beschäftigte (Umweltbundesamt)
32. Deutlicher Rückgang bei den Arbeitsunfällen - Mehr Todesfälle aufgrund von Berufskrankheiten (Hauptverband der gewerbl. Berufsgenossenschaften)
33. Massivholz - ein Begriff für Qualität (INFORMATIONSDIENST HOLZ aktuell)
34. Kostenfreie Recherche mit DIMDI SmartSearch (DIMDI)
35. WWF Verbrauchertipp Holz (wwf)
36. BAuA informiert über neues Geräte- und Produktsicherheitsgesetz (Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin)
37. Planen und Bauen mit Naturdämmstoffen - Seminar der FNR e.V. auf der "Holzbau und Ausbau" (Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e.V.)
38. Internationale Konferenz - 20 Jahre B.A.U.M. (B.A.U.M. e.V.)

=====

## LAENDER - EU

### 26.04.2004: Hohe Umweltstandards für die Union/EU-Erweiterung birgt Chancen beim Umweltschutz

Berlin/Brüssel (ots) - Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) hat eine Woche vor der EU-Erweiterungsrunde zu lange Übergangsfristen bei der Umsetzung europäischer Umweltgesetze in den Beitrittsländern kritisiert. Fristen seien zwar manchmal erforderlich, dürften aber nicht dazu führen, dass wichtige Umweltmaßnahmen auf die lange Bank geschoben würden. Das gelte insbesondere für einige der gefährlichsten Atomanlagen der Welt, die schneller als bisher geplant vom Netz genommen werden müssten. Die Gegner zusätzlicher Umweltschutzmaßnahmen würden auch in Deutschland zunehmend argumentieren, dass nun eine Pause in der Umweltgesetzgebung notwendig sei, bis die Beitrittsländer aufgeholt hätten. Angesichts der Herausforderungen beim Klimaschutz oder in der Chemikalienpolitik sei diese Haltung jedoch inakzeptabel. Ein Stillstand in der europäischen Umweltpolitik dürfe nicht eintreten.

Ein Problem der gesamten Union sei, dass im Umweltschutz vorrangig mit den klassischen Mitteln wie Schadstoffhöchstwerten, Filteranlagen und nachsorgenden Technologien gearbeitet werde. Erforderlich sei eine Politik, die sich an konkreten Umweltzielen orientiere und die Grenzen der Belastbarkeit der Biosphäre berücksichtige. So würden in den Beitrittsländern zwar bald die meisten Autos mit Katalysatoren fahren. Zugleich werde jedoch auch dort der Straßenverkehr drastisch zunehmen. Es fehle eine europäische Verkehrspolitik, die auf Verkehrsvermeidung und den Ausbau umweltgerechter Mobilitätsangebote setze. Die stockenden Reformen in der EU-Agrarpolitik seien dafür verantwortlich, dass zunächst die intensive Landwirtschaft gefördert werde - mit bekannten Folgen wie dem Artensterben und der Verschmutzung von Luft und Böden.

Martin Rocholl, Direktor von Friends of the Earth Europe (FOE), dem Netzwerk des BUND in Brüssel, sagte zu den Chancen und Risiken der EU-Osterweiterung: "Eine von der Europäischen Kommission in Auftrag gegebene Studie zeigt, dass in den Beitrittsländern noch immer jährlich

Zehntausende von Menschen an den Folgen der Luftverschmutzung erkranken oder sterben. Wenn dort EU-Gesetze zur Luftreinhaltung gelten, könnten es längerfristig jedes Jahr etwa 15000 Tote weniger sein. Verschärfte Umweltgesetze werden in den neuen Mitgliedstaaten zu Verbesserungen der meisten Umweltstandards führen. Erhöhen wird sich die Qualität des Trinkwassers, Flüsse und Badegewässer werden sauberer, Recycling und Müllbehandlung verbessert. Wichtige Fortschritte für Menschen und Umwelt. Aber von einer vorsorgenden Umweltpolitik sind wir in der gesamten EU noch weit entfernt."

Wichtig sei, dass die Vergabe von Struktur-Mitteln künftig stärker an Umweltstandards gebunden werde. Die Milliarden europäischer Steuergelder dürften nicht in den Bau von Straßen sondern müssten in den Ausbau des Schienennetzes und des öffentlichen Nahverkehrs fließen. Statt neue Kohle- und Atomkraftwerke zu fördern, gelte es Energie einzusparen. Dafür gebe es gerade in Mittel- und Osteuropa ein großes Potenzial. Pro Kopf werde in den Beitrittsländern genauso viel Energie verbraucht wie in Westeuropa. Das damit erzeugte Bruttosozialprodukt liege aber bei nur einem Drittel.

Eine besondere Herausforderung sei die Beteiligung der Zivilgesellschaft an den jungen Demokratien Mittel- und Osteuropas. Starke und einflussreiche Umweltorganisationen müssten gefördert werden, Umweltgruppen bei der Vergabe von EU-Geldern ein Mitspracherecht erhalten. Viel werde auch davon abhängen, wer in das künftige Europaparlament gewählt werde.

Angelika Zahrt, BUND-Vorsitzende: "Die Umweltqualität in Europa wird sich voraussichtlich verbessern, wovon Deutschland mit seiner Mittellage profitieren wird. Zudem bringen die neuen Mitglieder - quasi als Gastgeschenk - eine enorme Artenvielfalt und eine faszinierende, oftmals wunderbar erhaltene und unberührte Natur mit in die Union. Dieses Geschenk zu pflegen und für eine vorausschauende, alle Bereiche umfassende Umweltpolitik in der EU zu arbeiten, ist eine gemeinsame Aufgabe. Unsere bisherigen Erfahrungen mit aktiven, gut informierten, aufgeschlossenen und hoch engagierten Umweltschützern aus den Beitrittsländern lassen mich optimistisch in die Zukunft blicken."

Zum Abstimmungsverhalten der EU-Parlamentarier in Sachen Umwelt siehe auch die FOE-Kampagne [www.EU-votewatch.org](http://www.EU-votewatch.org) .ots-Originaltext: BUND, Digitale Pressemappe: <http://www.presseportal.de/story.htx?firmaid=7666> Pressekontakt: Martin Rocholl, Friends of the Earth Europe: Tel. 0041-792160206, Rüdiger Rosenthal, BUND-Pressesprecher: Tel. 030-27586-425, Fax: -449 E-Mail: [presse@bund.net](mailto:presse@bund.net) Internet: [www.bund.net](http://www.bund.net)

\*\*\*

**"Europa ist ohne innovativen Umweltschutz nicht denkbar"** / DBU engagiert sich in den EU-Beitrittsländern / Rund 150 Projekte mit 23,5 Millionen Euro gefördert / Schwerpunkt Ost- und Mitteleuropa

Osnabrück (ots) - Am 1. Mai ist es soweit: zehn neue Staaten reiten der Europäischen Union bei. Damit gehören offiziell weitere 75 Millionen Menschen und 738.000 Quadratkilometer mehr zu Europa. "Die EU-Erweiterung bietet enorme Chancen, gerade für den Umweltschutz", sagt Dr. Fritz Brickwedde, Generalsekretär der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU). "Umweltprobleme machen vor nationalen Grenzen nicht Halt. Jetzt können wir gemeinsam mit den neuen EU-Ländern diese Probleme besser anpacken." Als größte Umweltstiftung Europas baue die DBU ihre internationalen Aktivitäten kontinuierlich aus. "Das vereinte Europa ist ohne innovativen Umweltschutz nicht denkbar und nicht zukunftsfähig", so Brickwedde. Neben exzellenter Forschung und Technik sei die Entwicklung eines ökologischen Bewusstseins durch Umweltbildung von zentraler Bedeutung. Die DBU hat in den neuen EU-Ländern bislang rund 150 Projekte mit 23,5 Millionen Euro gefördert. Schwerpunkt der internationalen Förderarbeit der Stiftung ist Mittel- und Osteuropa.

Ob Solardächer in Tschechien, eine deutsch-polnische Umweltausstellung in Krakau, ein Informationszentrum im Nationalpark Kurische Nehrung in Litauen oder eine Pflanzen-kläranlage nahe Riga in Lettland: das Förderspektrum der DBU im Ausland ist vielfältig. Die meisten Vorhaben wurden bislang in Polen und Tschechien unterstützt. "Beide Staaten sind unsere unmittelbaren Nachbarn mit vielen gemeinsamen Umweltinteressen", begründet Brickwedde. "Doch auch in Lettland, Litauen,

Estland, Ungarn, der Exklave Kaliningrad, in der Slowakei sowie in Bulgarien und Rumänien haben wir Projekte gefördert."

Viele DBU-Projekte sind grenzüberschreitend. So wurde eine Reihe von Vorhaben im ehemaligen "Schwarzen Dreieck" gefördert, der Region zwischen Polen, Tschechien und Sachsen. Soeben gestartet ist ein deutsch-polnisches Klimaschutzprojekt der Universitäten Breslau und Wuppertal, bei dem Verfahren zur Erfassung Klima schädigender Gase entwickelt werden sollen. Beim Medienprojekt "Jugend und Umwelt" recherchieren deutsche Klassen Umweltthemen in der Region ihrer polnischen oder tschechischen Partnerschulen, während die Schüler dort über ökologische Probleme in der Nähe deutscher Schulen schreiben. Die Berichte werden in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung sowie in zwei polnischen und tschechischen Tageszeitungen veröffentlicht. Das Kooperationsprojekt des Instituts zur Objektivierung der Lern- und Prüfungsverfahren (IZOP) und der FAZ läuft seit 2000.

Moderne, umweltorientierte Unternehmensführung will das Hamburger International Network for Environmental Management (INEM) in den drei baltischen Staaten etablieren. In enger Zusammenarbeit mit den Industrie- und Handelskammern in Lettland, Litauen und Estland sowie dortigen Unternehmensverbänden wird betriebliches Umweltmanagement vermittelt. Die DBU fördert das Projekt seit 2002.

Seit Mai 2003 unterstützt die DBU ein Projekt zur Erhaltung der Burg Hohenstein in Polen. Die im 14. Jahrhundert vom deutschen Orden erbaute Burg, die als Bildungseinrichtung genutzt wird, ist durch Umweltbelastungen schwer geschädigt. In dem deutsch-polnischen Modellvorhaben soll gezeigt werden, wie grundsätzliche Fragen der Umweltverträglichkeit und Energieeinsparungen an national wertvollen, denkmalgeschützten Gebäuden gelöst werden können.

Eine besondere Investition in die Zukunft sind die Stipendienprogramme der DBU. Seit 1997 bietet die DBU gemeinsam mit der Stiftung des DBU-Umweltpreisträgers von 1997, Prof. Nowicki (Warschau), jährlich 15 hoch qualifizierten polnischen Nachwuchswissenschaftlern ein Stipendium für einen sechs- bis zwölfmonatigen Studienaufenthalt in der Bundesrepublik. 2001 trat das deutsch-baltische Stipendienprogramm hinzu: 21 DBU-Stipendiaten aus Estland, Lettland und Litauen sowie aus Kaliningrad forschen seither jährlich in Deutschland. Soeben angelaufen ist ein Programm für 15 tschechische junge Forscher. Für ihre Stipendiaten stellte die DBU bisher eine Fördersumme von über zwei Millionen Euro bereit.

Mehr Informationen und Fotos zur kostenfreien Veröffentlichung finden Sie unter [www.dbu.de](http://www.dbu.de) .ots  
Originaltext: Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) Digitale Pressemappe: <http://presseportal.de> ,  
Pressekontakt: Deutsche Bundesstiftung Umwelt, Franz-Georg Elpers (Pressesprecher),

---

## RECHT –BERUFSKRANHEIT

TAZ, Reiner Metzger: **Ein Ex-Minister wird giftig** Norbert Blüm ist vielen bekannt als der ewig lächelnde, ewig unter Helmut Kohl dienende kleine Arbeits- und Sozialminister. Er war der einzige Minister, der die ganzen 16 Jahre der Bundesregierung Kohl im Amt aushielt. Stoisch duldet der gelernte Werkzeugmacher mit Hilfe seiner katholischen Prägung wiederholte Demütigungen durch den Alten im Kanzleramt., taz Nr. 7319 vom 26.3.2004, Seite 4, 181 <http://www.taz.de>

Von [www.attac.de](http://www.attac.de)

## Öffentliche Mitteilung von Dr. Norbert Bluem

### **Gutachter führen Ärzte in die Irre – zum Schaden durch Nervengifte schwer Erkrankter Rente für durch Chemikalien geschädigte – BK 1317**

1996 wurde meinem Ministerium die Empfehlung gegeben, für alle Berufe, die einen Kontakt mit Lösungsmitteln und anderen organischen flüchtigen Stoffen mit sich bringen, eine anerkannte Berufskrankheit einzuführen. Diese wurde ein Jahr darauf mit der Berufskrankheiten -Nr. 1317 umgesetzt.

Der wissenschaftliche Sachverständigenbeirat hatte für diese Empfehlung eine große Anzahl von Studien gesammelt, die für entsprechende Berufe wie Maler, Lackierer, Kfz-Mechaniker, Tankwarte, Arbeiter in Schuhfabriken, Teppichleger, Metallverarbeitung (Entfettung), chemische Reinigungen, Drucker etc. Erkrankungen des zentralen und peripheren Nervensystems nachgewiesen haben.

Die Erkrankung trägt die Bezeichnung toxische Enzephalopathie (TE) und toxische Polyneuropathie. Leichte Fälle leiden unter Störungen der Psyche – Angst, Depression, Stimmungsschwankungen, Affektlabilität - und der Lern- und Denkfähigkeit, besonders das Kurzzeitgedächtnis, Planausführung, Texterfassung, begleitet von Kribbeln und Taubheitsgefühl in den Extremitäten. Hinzu können Koordinationsstörungen, Ataxien und Tremor auftreten.

In schweren Fällen können sich Demenzen entwickeln. Die Studien weisen auch nach, dass diese neurotoxischen Stoffe präsenilen Demenzen förderlich sind.

Die BK 1317 sollte diesen Menschen die Rente sichern.

Die Studien aus den 70er Jahren beweisen die Nervenschäden dieser Berufsgruppen auch bei Einhaltung der Grenzwerte (MAK). Damit müssen die Betroffenen keinen Nachweis der Grenzwertüberschreitung führen. Die Diagnose TE genügt. Diese wurde bereits 1985 durch die WHO definiert.

### **Keine Rente wegen organisierter Falschdarstellung**

Vor wenigen Wochen wurde ich von der Initiative kritischer Umweltgeschädigter darauf aufmerksam gemacht, das bisher nur schwerste Fälle anerkannt worden sind und der Mehrheit der Geschädigten die Anerkennung verweigert wird. Die Initiative kennt hunderte harter Schicksale, die oft noch obendrein wegen ihrer Krankheit diskriminiert werden. Sie vermutet eine hohe Dunkelziffer, da die Erkrankung nur in seltenen Fällen erkannt wird.

Die Ursache dafür ist eine prägnant falsche Darstellung der Erkrankung – insbesondere der Krankheitsverlauf - im Merkblatt für Ärzte zur Berufskrankheitsanzeige, so dass schon die Verdachtsanzeige in der Regel unterbleibt. Die Minderheit, die durch Eigeninitiative bis zu einem Gerichtsverfahren durchdringen, werden dort abgelehnt, da die arbeitsmedizinischen Gutachter sich ebenfalls an diesem Merkblatt orientieren.

Das Merkblatt steht im krassen Gegensatz zu den wissenschaftlichen Grundlagen wie sie durch den Sachverständigenbeirat dargelegt wurden - obwohl einer der Autoren des Merkblatts, Prof. Johannes Konietzko, selbst Mitglied des Beirats war. Andere Mitglieder des Beirats haben mittlerweile die Sache überprüft und festgestellt, dass das Merkblatt inhaltlich falsch ist.

Diese Falschdarstellung war wohlorganisiert. Der BK-Report (3/99) des Hauptverbandes der gewerblichen Berufenossenschaften (HVBG) belegt einen solchen Verdacht. Dort werden wissenschaftliche Quellen angegeben, die das genau Gegenteil von dem enthalten, was sie angeblich belegen sollen. Die angegebenen Quellen zeigen, dass die Nervenschäden meist irreversibel sind und auch nach Ende der Exposition sich noch verschlimmern können, der Report und das Merkblatt schließen letzteres aus und sprechen von Heilung. So wird der diagnostizierende Arzt in die Irre geführt.

### **Dringend notwendige Information für Ärzte**

Das Merkblatt muss umgehend geändert werden zur Sicherung einer angemessenen medizinischen Versorgung und des rechtliche Schutzes wohl zehntausender beruflich bedingt Erkrankter. Vor allem muss dringend die Ärzteschaft an geeigneter Stelle flächendeckend über die Fehlinformation unterrichtet werden.

### **Enorme Kosten – enorme Schäden**

Ich erachte es als unerträglich, dass eine kleine Gruppe gut organisierter Gutachter mittels Fälschung der wissenschaftlichen Grundlagen eines Spezialgebietes die Beschlüsse der Bundesregierung und die gerichtliche Überprüfung unterlaufen, um das Einzelinteresse der Versicherungen (Berufsgenossenschaften), das im Sachverständigenbeirat sich wegen der eindeutigen wissenschaftlichen Informationslage nicht hatte durchsetzen können, doch noch über das Allgemeinwohl zu stellen.

Ein Gutachter, der es gewohnt ist, solchen Widersprüchen nachzugehen, hat mich davon in Kenntnis gesetzt, dass solche Fälschungen auf dem Gebiet umweltbedingter Erkrankungen notorisch sind, so dass ein bereinigtes Wissenschaftsbild entsteht. Das Risiko erscheint viel kleiner und verhindert so flächendeckend Prävention, unterdrückt diagnostische Instrumente und verhindert angemessene Therapien. Der Wegfall von Prävention und falschen Therapien, z.B. produziert chronische Kranke eine Explosion der Kosten.

Auf diesem Wege fügt der Hauptverband der Berufsgenossenschaften und seine Autoren Einzelnen und der Gemeinschaft enormen Schaden zu. Dies führt alljährlich vermutlich bei tausenden von Menschen regelmäßig zum sozialen Ruin und die Kosten der Solidarkassen werden zugunsten von organisierten Einzelinteressen aufgebläht.

Gegenüber der menschlichen Niederträchtigkeit einer solchen Karrierepflege kann ich nur Abscheu empfinden.

### **Kontrolle und Regress**

Dieser Vorgang muss Folgen haben im Sinne von unmittelbarem Regress in Bezug auf den entstandenen Schaden und im Sinne von Kontrolle. Denn der Vorgang zeigt, dass Expertengremien allein keine Gewähr bieten, dass der Stand der Wissenschaft zum Wohl und Schutz der Allgemeinheit genutzt wird.

Protokolle solcher Gremien müssen öffentlich zugänglich sein und eine Wiederbefassung muss im Wege der Öffentlichkeit erzwingbar sein. Andernfalls werden die Kosten der Solidarkassen weiter explodieren. Allein die Verlagerung der Nichtanerkennung der BK 1317 ist mit 3 Mrd € per anno noch sehr vorsichtig geschätzt.

Eine Reform der Solidarkassen wird nicht gelingen können, wenn sie solche Kosten übernehmen müssen. Eine verursachergemäße Zuordnung dieser Kosten würde zu einer massiven Entlastung der Beitragszahler (Lohnnebenkosten) führen. Eine rechtzeitige Prävention führt zur Entlastung der Frühverrentungsquote.

Norbert Blüm, Unterschrift

Hintergrund: BAuA / Praxis / Berufskrankheiten / Rechtsgrundlagen /

**Berufskrankheiten-Verordnung (BKV) vom 31. Oktober 1997**  
*Bundesgesetzblatt Jahrgang 1997 Teil I Nr. 73, ausgegeben zu Bonn am 5. November 1997 Seite 2623: Webadresse nicht mehr oder unter geänderter Adresse im Netz*

=====

### **RECHT – SG**

LSG NRW, Urteil vom 05.02.2004 - L 7 VS 12/00: : Bei der schizophrenen Psychose ist eine multifaktorielle Entstehung zugrunde zu legen. Die Wissenschaft geht davon aus, dass konstitutionelle, umwelt- und milieubedingte Faktoren gemeinsam für den Ausbruch der Erkrankung verantwortlich sind, wobei erst eine spezifische Verkettung mehrerer Faktoren letztendlich zur Manifestation führt (Vulnerabilitäts-Stressmodell). Zur Anerkennung einer schizophrenen Psychose i.S.d. Bundes- bzw. Soldatenversorgungsgesetzes ist damit weiterhin erforderlich, dass

a) als Schädigungsfaktoren tief in das Persönlichkeitsgefüge eingreifende psycho-soziale Belastungen vorgelegen haben, die entweder längere Zeit angedauert haben oder zeitlich zwar nur kurzfristig wirksam, aber so schwer waren, dass ihre Folgen eine über längere Zeit anhaltende Wirkung auf das Persönlichkeitsgefüge gehabt haben,

b) die Erkrankung in enger zeitlicher Verbindung (bis zu mehreren Wochen) mit diesen Belastungen begonnen hat.

V/SB-INFO (<http://www.uwendler.de/vsb/>) und anhaltspunkte.de (<http://www.anhaltspunkte.de>) -

=====

## TERMINE

17. Mai 2004: urgewald und das Forum Umwelt und Entwicklung laden ein zu einer Veranstaltung zum Thema

**"Deutsche Banken zwischen Imagepolitik und Unternehmensverantwortung"** ins Gustav-Stresemann-Institut nach Bonn.

Das Thema nachhaltige Auslandsinvestitionen wird bei Banken leider traditionell eher stiefmütterlich behandelt - mit gravierenden Konsequenzen für Mensch und Natur in Entwicklungs- und Schwellenländern. Für die entwicklungspolitisch Interessierten:

Im Mittelpunkt der Veranstaltung steht die Präsentation der neuen urgewald-Studie über das Export- und Projektfinanzierungsgeschäft der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW).

Anmeldungen bitte an [barbara@urgewald.de](mailto:barbara@urgewald.de)

Hintergrund:

Im Wettstreit zwischen Standortsicherung und nachhaltiger Investitionspolitik kommt Banken eine zentrale Schlüsselposition zu. Sie bieten "maßgeschneiderte Finanzierungen" für den Export "deutscher Wertarbeit" in Entwicklungs- und Schwellenländer an. Ohne ihre Mithilfe ließen sich viele Projekte weltweit nicht realisieren. Zu diesen Investitionen gehören jedoch immer wieder sozial und ökologisch höchst umstrittene Projekte, wie Ölpipelines, Atomkraft- und Zellstoffwerke oder Großstaudämme. Deutsche Banken springen oft auch dann noch in die Bresche, wenn andere Institutionen (wie z.B. die Weltbank) die Finanzierung von Projekten wegen ihrer fatalen Auswirkungen auf Mensch und Natur ablehnen.

Als Reaktion auf zunehmende Kritik und eigene bittere Erfahrungen wächst auch in Bankenkreisen die Einsicht, dass sich etwas ändern muss, dass bestimmte Spielregeln und Mindeststandards nötig sind, um sich wirksam vor Imageschäden und Fehlinvestitionen zu schützen. Ob die Banken ihre neuen Bekenntnisse zu Umweltschutz und Nachhaltigkeit wirklich ernst meinen oder ob es sich dabei eher um Imagepolitik handelt, gilt es, im Rahmen dieser Tagung zu überprüfen.

Das Forum Umwelt und Entwicklung und Urgewald wollen im Gespräch mit Vertreter/innen aus Politik und Finanzsektor notwendige Reformen anstoßen, um die Finanzierung nicht nachhaltiger Projekte im Ausland durch deutsche öffentliche Banken in Zukunft zu verhindern. Auf der Tagung werden zwei Studien zum internationalen Projektfinanzierungsgeschäft der KfW und der WestLB vorgestellt und diskutiert. Betroffene aus dem Süden kommen selbst zu Wort und berichten, wie Banken zur Zerstörung von Lebensräumen, Umweltverschmutzung oder zur Staatsverschuldung beitragen. Die Diskussion soll diejenigen Kräfte in Banken, Unternehmen und Politik stärken, die sich für einen verantwortlichen Umgang mit Mensch und Natur in Entwicklungs- und Schwellenländern einsetzen.

urgewald e.V., Büro Berlin. Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin tel: 030-44339168/9, , fax:030-44339133 [www.urgewald.de](http://www.urgewald.de) Email: [urgewald@urgewald.de](mailto:urgewald@urgewald.de)

=====

## TV

Leider schon gelaufen: Mo. 26.4.2004 um 22:30 Uhr im SWR 3 – hervorragende Sendung: **Textilgifte - giftige Kleider**, Doku **Wenn das billige Shirt krank macht** <http://www.swr.de/betrifft/index.html>

=====

## **POLITIK - BEHOERDEN**

=====

### **BUNDESTAG**

28.04.2004 Umwelt/Gesetzentwurf: **ZULÄSSIGE EMISSIONEN FÜR INDUSTRIE UND ENERGIE FESTLEGEN**

Berlin: (hib/VOM) SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben einen Gesetzentwurf über den nationalen Zuteilungsplan für **Treibhausgas-Emissionsberechtigungen** (15/2966) vorgelegt. Darin wird das Emissionsziel für die Sektoren Industrie und Energie und das Emissionsgesamtziel für die Sektoren Gewerbe, Handel, Dienstleistungen, Verkehr und private Haushalte für die Perioden 2005 bis 2007 und 2008 bis 2012 festgeschrieben.

Als Ziel des Gesetzes wird genannt, den vom Menschen verursachten Treibhauseffekt zu bremsen und zu einer geringeren Konzentration von Treibhausgasen in der Atmosphäre beizutragen. Deutschland habe sich verpflichtet, seine Treibhausgas-Emissionen um 21 Prozent im Durchschnitt der Jahre 2008 bis 2012 im Vergleich zu 1990/1995 zu verringern. Gleichzeitig sollen Anreize zur Erneuerung des Kraftwerkparks in Deutschland gesetzt werden. Gegenüber dem Durchschnitt der Jahre 2000 bis 2002 sollen die Kohlendioxidemissionen um weitere 17 Millionen Tonnen pro Jahr sinken. Davon müssten zehn Millionen Tonnen von Energie und Industrie und sieben Millionen Tonnen von den privaten Haushalten, vom Verkehrs- sowie vom Gewerbe- und Dienstleistungssektor erbracht werden. Für die Zeit von 2005 bis 2007 werde für die gesamten Treibhausgasemissionen ein Ziel von 982 Millionen Tonnen pro Jahr festgelegt. Für die Nicht-Kohlendioxidemissionen werde für diesen Zeitraum ein Wert von 123 Millionen Tonnen angenommen, sodass das Emissionsziel 859 Millionen Tonnen Kohlendioxid pro Jahr bis 2007 und 846 Millionen Tonnen pro Jahr von 2008 bis 2012 betrage. Die Fraktionen setzen das Emissionsbudget für die Energiewirtschaft und die Industrie bis 2007 im Jahresdurchschnitt mit 503 Millionen Tonnen Kohlendioxid an. Entsprechend entfielen 356 Millionen Tonnen pro Jahr auf die anderen Sektoren. Für die Stilllegung der Kernkraftwerke in Stade und Obrigheim werde eine Kompensationsmenge von 1,5 Millionen Tonnen pro Jahr eingeplant, heißt es in dem Entwurf. Ab 2008 würden Ersatzinvestitionen für stillgelegte Kernkraftwerke wie andere neue Anlagen mit Zertifikaten aus der Reserve für Neuanlagen ausgestattet. Für die Zeit von 2008 bis 2012 setzen die Fraktionen für Energiewirtschaft und Industrie ein Ziel von 495 Millionen Tonnen Kohlendioxid pro Jahr und ein Emissionsbudget von 351 Millionen Tonnen für die anderen Sektoren an.

\*\*\*

14.04.2004 Bildung und Forschung/Bericht: **BUNDESWEIT ERSTE UMFASSENDE ÜBERSICHT ÜBER NANOTECHNOLOGIE VORGELEGT**

Berlin: (hib/WOL) Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung hat mit seinem Bericht über die Nanotechnologie die bundesweit erste umfassende Übersichtsstudie und zu Möglichkeiten ihrer Förderung vorgelegt (15/2713).

Danach ist Nanotechnologie ein Sammelbegriff für eine weite Palette von Technologien, die sich mit Strukturen und Prozessen auf der Nanometerskala befassen. Ein Nanometer ist ein Milliardstelmeter. Als ein "hochgradig visionäres Thema" umfasse Nanotechnologie sowohl mit kurzfristigen Visionen als auch mit langfristigen Perspektiven mit einem Zeithorizont von 15 und mehr Jahren.

Damit präge Nanotechnologie das Bild von Technologie in der Öffentlichkeit im "guten wie im schlechten". Laut Bericht gehört Deutschland nach den USA und Japan zu publikationsstärksten Akteuren in der Nanotechnologie und liegt bei den Patentmeldungen auf Platz 2 hinter den USA.

Diese starke Position Deutschlands müsse behauptet und weiter ausgebaut werden. Entsprechend sei die Förderung durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung von 35 Millionen Euro im Jahr 2000 und 88 Millionen Euro in 2002 auf über 112 Millionen Euro im Jahr 2003 gewachsen.

Mit der Beeinflussung von Strukturen im Nanobereich kommt es laut Bericht zu neuen nutzbaren Eigenschaften von Stoffen und Werkstoffen. Zu erwarten seien bei Konstruktionen größere Härte, geringeres Gewicht und Verschleißfähigkeit, bei der Energienutzung eine höhere Effizienz, bei der Vermessung höhere Genauigkeit und bei der Informationsverarbeitung kostengünstigere oder präziserer Verfahren.

Entsprechende Verbesserungen werden auch im Bereich der Lebenswissenschaften mit Leistungssteigerungen bei Menschen und Ertragssteigerung bei Tieren und Pflanzen erwartet. Der Einsatz der Nanotechnologie solle aber auch im Bereich von Sicherheit und Rüstung,

in der Automobilindustrie, im Bauwesen, in der Luft- und Raumfahrtindustrie, in der Textilindustrie und in der chemischen Industrie zu einer neuen Innovationsdynamik führen. Auf Grund der kurz- und langfristig zu erwartenden Veränderungen geht der Bericht auch auf ethische und gesellschaftliche Aspekte der Technologie ein.

\*\*\*

8.04.2004 Umwelt/Kleine Anfrage **ZU DEN KOSTEN DER EU-CHEMIKALIENPOLITIK STELLUNG NEHMEN** Berlin: (hib/VOM) Nach dem bürokratischen Aufwand und den Kosten der neuen Chemikalienpolitik der EU erkundigt sich die FDP-Fraktion in einer Kleinen Anfrage (15/2894). Das sogenannte REACH-System (Registrierung,

Evaluierung, Autorisierung und Beschränkung von Chemikalien) werde erhebliche Auswirkungen auf alle Industriezweige haben, die Chemikalien oder darauf basierende Zubereitungen und Erzeugnisse herstellen, importieren oder verwenden, schreiben die Abgeordneten. Dies gelte vor allem für die Umsetzbarkeit der Anforderungen sowie mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit der betroffenen Unternehmen. Die Regierung soll sagen, inwiefern die Vorgaben dieses Systems ökologisch verbesserungsfähig sind, wie die Mängel der EU-Verordnung behoben werden können und was die Regierung für kleinere und mittlere Unternehmen vorsieht, damit die hohe wirtschaftliche Belastung verringert werden kann und die Existenz der Unternehmen nicht gefährdet wird. Die Regierung soll die "Gefahr" beurteilen, dass die Unternehmen mit einer Fülle von Zusatzdokumenten überlastet werden, zumal noch völlig offen sei, ob es gelingt, Leitfäden für alle Beteiligten so verständlich zu gestalten, dass Probleme tatsächlich gelöst werden und die Praktikabilität verbessert werden kann. Schließlich interessiert die Abgeordneten, ob sich die Regierung auf EU-Ebene dafür einsetzen will, ein umfassendes Pilotprojekt vorzusehen, um die Praktikabilität und Umsetzbarkeit der künftigen Regelungen zu gewährleisten.

\*\*\*

Umwelt/Kleine Anfrage **ÜBER VORBEHANDLUNGSKAPAZITÄTEN FÜR ABFÄLLE BERICHTEN** Berlin: (hib/VOM) Ab Juni 2005 dürfen nach der Verordnung über umweltverträgliche Ablagerung von Siedlungsabfällen keine unvorbehandelten Abfälle mehr auf Deponien gelagert werden. Darauf verweist die FDP-Fraktion in einer Kleinen Anfrage (15/2880).

Zwei Studien seien zu dem Ergebnis gekommen, dass bis Ende Mai 2005 ausreichende Kapazitäten zur Vorbehandlung nicht zur Verfügung stünden. Von einer Entsorgungssicherheit könne daher nicht ausgegangen werden. Die Regierung wird aufgefordert, die Ergebnisse dieser Studien zu bewerten und zu sagen, wie hoch die Abfallmengen sind, die vorbehandelt werden müssen, und welche Entwicklung die Regierung in den nächsten Jahren bei Restabfällen aus privaten Haushalten und aus dem Kleingewerbe sowie bei hausmüllähnlichem Gewerbeabfall erwartet. Gefragt wird schließlich auch nach der aktuellen Kapazität der Abfallbehandlungsanlagen und ob die Regierung ausschließen kann, dass es zum 1. Juni 2005 nicht genügend Vorbehandlungskapazitäten geben wird.

---

## **Bayerisches Staatsministerium für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz**

Prävention von Lärmschäden **Müller und Freller stellen neues Hörprojekt für Grundschule vor - Olli Ohrwurm ist gewachsen.** Eine neue "Schule des Hörens" will bayerische Kinder für den bewussten Umgang mit ihrem Hörsinn sensibilisieren. Gesundheitsstaatssekretärin Emilia Müller und Kultusstaatssekretär Karl Freller stellten heute in Schwarzenfeld das Medienpaket "Neue Abenteuer mit Olli Ohrwurm" für Schulkinder der dritten und vierten Klasse vor. "Wenn Kinder spielerisch lernen, wie kostbar gutes Hören ist, werden sie dem leichtfertigen Umgang mit Lärm und lauter Musik kritischer begegnen. Unsere Kinder müssen hörschädliche Gewohnheiten schneller erkennen und vermeiden lernen", betonte Müller. Alarmierend sei, dass bereits jeder vierte Jugendliche durch zu lautes Musikhören irreversibel hörgeschädigt ist.

Neue Geschichten um den Ohrhöhlenforscher Olli Ohrwurm und seine Freunde Lola Laut und Leo Leise sollen die Faszination der Kinder für die Welt des Hörens wecken. Das Medienpaket besteht aus einer 100seitigen Broschüre und einer CD mit Klangbeispielen und Liedern mit Anleitungen für Lehrkräfte zur freien Behandlung des Themas Hören im Unterricht. "Olli Ohrwurm ist eine wahre Fundgrube. Die Materialien unterstützen unsere Lehrkräfte optimal bei ihrer Aufgabe, bei Kindern die Sinne zu schärfen. Handlungsorientiert und einfühlsam knüpfen die Geschichten und Übungen an die Erfahrungs- und Erlebniswelt der Kinder an", erläuterte Freller und begrüßte die Weiterentwicklung der Materialien: "Olli Ohrwurm kann die Kinder nun während der gesamten Grundschulzeit begleiten und die Sensibilität für das Hören vertiefen."

Auch das neue Medienpaket wurde vom Projektkreis Schule des Hörens in Köln unter der Leitung von Professor Karl Karst in Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für Gesundheit in Bayern entwickelt und vom Bayerischen Gesundheitsministerium mit 170.000 Euro finanziert. Alle etwa 2.900 bayerischen Grundschulen erhielten Exemplare für die dritten und vierten Klassen. In den letzten beiden Jahren waren bereits die ersten und zweiten Grundschulklassen und 6.000 Kindertageseinrichtungen mit dem ersten Band von Olli Ohrwurm ausgestattet worden. "Das Material ist so pfiffig aufbereitet, dass es auf offene Ohren stößt und bisher sehr große Resonanz findet", freute sich Staatssekretärin Müller. Bei den Lehrkräften warb sie dafür, den von ihnen betreuten Kindern Olli Ohrwurm und die Welt des Klangs weiter so engagiert nahe zu bringen.

---

## **ROBERT-KOCH-INSTITUT**

### **22.04.2004: Neues GBE-Heft "Ungewollte Kinderlosigkeit" und aktualisiertes GBE-Heft "Schutzimpfungen" erschienen**

Fast drei Prozent aller Paare bleiben dauerhaft ungewollt kinderlos. Welche Ursachen können einem unerfüllten Kinderwunsch zugrunde liegen? Welche psychischen Folgen kann die Kinderlosigkeit haben? Welche Präventionsmöglichkeiten kommen in Frage? Welche Diagnostik- und Therapieverfahren gibt es? Wie häufig werden sie in Anspruch genommen, und welche Kosten übernehmen die Krankenkassen (ungewollte Kinderlosigkeit ist durch die Weltgesundheitsorganisation als Krankheit anerkannt)? Welche Risiken gehen mit einer solchen Behandlung einher? Den aktuellen Wissensstand fasst das neue GBE-Heft "Ungewollte Kinderlosigkeit" zusammen.

Das Alter der Mütter bei einer Geburt stieg im vergangenen Jahrzehnt um fast zwei Jahre auf knapp 30 Jahre. Dies zeigt, dass die Entscheidung zur Elternschaft, bedingt durch lange Ausbildungszeiten und Schwierigkeiten in der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, zunehmend in höherem Lebensalter getroffen wird. Damit ist das Risiko sinkender Fruchtbarkeit verbunden. Weitere mögliche Ursachen für Kinderlosigkeit sind eine frühere Mumpserkrankung (bei Jungen), sexuell übertragbare Infektionen (zum Beispiel Chlamydien), entzündliche Erkrankungen des Eierstocks sowie veränderte Lebensgewohnheiten. So können etwa Magersucht und Bulimie sowie Adipositas (Fettsucht, Fettleibigkeit) - die häufig schon im Kindes- und Jugendlichenalter auftreten - später mit Einschränkungen der Fertilität einhergehen.

Die medizinische Behandlung der ungewollten Kinderlosigkeit sollte immer auch die psychische Situation der Paare berücksichtigen. Die Therapie ist stufenweise konzipiert, jede Behandlungsmaßnahme hat eine spezifische Indikation, erst bei Ausbleiben des Erfolgs wird das invasivere Verfahren gewählt. Seit 1982 ist die Zahl der Behandlungszyklen mit unterschiedlichen Techniken der "assistierten Reproduktion", etwa In-vitro-Fertilisation oder Intrazytoplasmatische Spermieninjektion, stetig angestiegen. Über 50.000 Frauen unterzogen sich im Jahre 2002 einer reproduktionsmedizinischen Behandlung. Die Erfolgchancen von reproduktionsmedizinischen Behandlungsmaßnahmen sind begrenzt. Daher kommt, so lautet eine wesentliche Schlussfolgerung des Berichtes, der Prävention ungewollter Kinderlosigkeit eine wichtige Bedeutung zu, etwa durch bessere Sexualaufklärung (z. B. über die Altersabhängigkeit der Fertilität und fruchtbare Tage), und insbesondere durch die Veränderung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, um eine frühere Familienbildung zu erleichtern. Kürzlich ist auch das GBE-Heft "Schutzimpfungen" in aktualisierter zweiter Auflage erschienen. Mit diesem Heft hatte das Robert Koch-Institut Anfang 2001 die Reihe der GBE-Hefte eröffnet. Das Robert Koch-Institut führt die Gesundheitsberichterstattung des Bundes in Kooperation mit dem Statistischen Bundesamt durch.

Das GBE-Heft 20 "Ungewollte Kinderlosigkeit" und das aktualisierte GBE-Heft 1 "Schutzimpfungen" können kostenlos schriftlich angefordert werden: Robert Koch-Institut, Gesundheitsberichterstattung, Seestraße 10, 13353 Berlin, Fax 01888 - 754-3513, E-Mail [gbe@rki.de](mailto:gbe@rki.de)

Anmerkung Scherrmann: Bei den möglichen Ursachen fehlen: Schadstoffbelastungen, Medikamente, ... Hierzu gibt es inzwischen umfangreiche internationale Literatur.

=====

## UBA – UMWELTBUNDESAMT

Berlin, den 28.04.04. **Zuverlässige Messungen für saubere Luft in Europa Umweltbundesamt als europäisches WHO-Zentrum zur Überwachung der Luftqualität sieht EU-Beitrittsländer gut gerüstet**

Saubere Luft - für die Gesundheit ebenso wichtig wie einwandfreies Trinkwasser und gesunde Nahrung. "Luftschadstoffe machen nicht an den Grenzen halt. Wir brauchen deshalb eine enge internationale Zusammenarbeit bei der Luftreinhaltung und zuverlässige Messmethoden, auch über die Grenzen hinweg", sagte der Präsident des Umweltbundesamtes (UBA), Prof. Dr. Andreas Troge, anlässlich eines internationalen Expertentreffens, das an der UBA-Pilotstation in Langen (bei Frankfurt/Main) stattfindet. Verlässliche Messergebnisse sind wesentlich, um gesundheitliche Wirkungen von Luftverunreinigungen zu erfassen und die gesetzlichen Anforderungen der Luftreinhaltung zu verwirklichen. Unmittelbar vor der EU-Erweiterung sieht das UBA die künftigen Beitrittsländer in dieser Hinsicht bereits gut gerüstet. Das zeigen die bisherigen Ergebnisse des internationalen Qualitätssicherungsprogramms, das die Messmethoden harmonisiert. Seit zehn Jahren führt das UBA dieses Programm als europäisches Zentrum zur Überwachung der Luftqualität und zur Bekämpfung der Luftverschmutzung im Auftrag der Weltgesundheitsorganisation (WHO) durch. Das Bundesumweltministerium fördert dieses Programm.

An den Ringversuchen des UBA haben sich bisher insgesamt 37 Lufthygiene-Labors der nationalen öffentlichen Gesundheitsdienste und Umweltüberwachungsbehörden beteiligt ? nicht nur aus den EU-Beitrittsländern, sondern zum Beispiel auch aus Albanien, Bulgarien, Kroatien und Usbekistan. Dabei wird geprüft, wie gut die Labors im Vergleich liegen, denn bei Ringversuchen untersuchen alle Labors die selbe Probe mit ihren eigenen Geräten und nach ihren nationalen Verfahren. Zeigen die Ergebnisse deutliche Unterschiede, wird den Ursachen gezielt nachgegangen. Gemessen werden Luftschadstoffe ? wie Stickstoffoxide, Schwefeldioxid und Ozon. Das UBA will das seit Jahren international anerkannte WHO-Programm zur Qualitätssicherung noch enger mit den EU-Stellen abstimmen, um auch die Nicht-EU-Länder möglichst rasch an den Stand der Technik bei den Messungen heranzuführen.

Detaillierte Informationen und Ergebniszusammenstellungen der letzten Ringversuche sind zu finden unter der Adresse <http://www.umweltbundesamt.de/whocc/titel/titel21.htm>

Das Umweltbundesamt betreibt ein eigenes Netz mit Messstationen von der Zugspitze bis nach Sylt. Weitere Infos unter <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-daten/daten/mbm/mblage.htm>

Deutschlandkarten des UBA mit Ozonprognosen und aktuellen Messergebnissen weiterer Luftschadstoffe sind unter <http://www.env-it.de/luftdaten/map.fwd?measComp=O3> , Links zu den Messnetzen der Länder unter <http://www.env-it.de/luftdaten/linktostates.fwd> abrufbar.

HTM: <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2004/pd04-037.htm> PDF: <http://www.umweltdaten.de/uba-info-presse/pi04/pd04-037.pdf>

\*\*\*

**Berlin, 28.04.2004. Gemeinsame Pressemitteilung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und des Umweltbundesamtes Verwaltungen: Sparen durch Umweltschutz Neue Broschüre stellt Erfolgsmodelle aus der Praxis vor**

Durch umweltbewussteres Handeln könnte die öffentliche Hand jährlich Kosten in Milliardenhöhe einsparen. Dies ist das Ergebnis einer Studie des Wuppertal Instituts und des Instituts für Verwaltungswissenschaften, Gelsenkirchen, die im Auftrag des Umweltbundesamtes (UBA) erarbeitet wurde. Das Einsparpotenzial liegt vor allem beim Energie- und Wasserverbrauch sowie im Abfallbereich.

"Die Beispiele zeigen: Umweltschutz rechnet sich für die öffentliche Verwaltung. Die Einsparpotenziale sind beträchtlich", sagte Bundesumweltminister Jürgen Trittin. Bereits durch organisatorische Maßnahmen und eine bewusstere Nutzung von Gebäuden, Fahrzeugen und Geräten lassen sich die Energie- und Treibstoffkosten in der Regel um 10 bis 20 Prozent senken. Bei den Heizkosten lassen sich sogar bis zu 60 Prozent einsparen. "Ökonomische Anreize, die umweltschonendes Verhalten belohnen, sind ein wichtiger Schlüssel, um diese Ziele zu erreichen", so Professor Andreas Troge, Präsident des Umweltbundesamtes. Sollen Einsparpotenziale systematisch erschlossen werden, empfiehlt das Umweltbundesamt ein sogenanntes Umweltmanagement-System. Das UBA hat als erste Bundesbehörde ein derartiges System nach der EU-Umweltaudit-Verordnung (EMAS) umgesetzt, das Bundesumweltministerium wird in Kürze folgen.

Zusammengefasst sind die Ergebnisse der Studie in einer Broschüre, die beim UBA bestellt werden kann. Die Broschüre gibt einen systematischen Überblick über ökonomische Anreizmodelle und präsentiert Erfolgsbeispiele aus der Verwaltungspraxis - sei es bei der öffentlichen Beschaffung, der Bewirtschaftung öffentlicher Liegenschaften oder dem Bau sowie der Instandhaltung öffentlicher Gebäude. Die Broschüre ist im Internet unter <http://umweltbundesamt.de> zu finden, sie kann auch kostenlos per Fax unter 030-8903-2912 bestellt werden.

Die Studie "Ökonomische Anreize für den Umweltschutz im Bereich der öffentlichen Hand. Bestandsaufnahme und Strategien" ist in der Reihe TEXTE des Umweltbundesamtes als Nr. 86/03 erschienen und kostet 10,- Euro. Sie ist erhältlich bei Werbung und Vertrieb, Wolframstraße 95-96, 12105 Berlin, Tel.: 030 / 2 11 60 61, Fax: 030 / 2 18 13 79.

HTML: <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2004/pd04-036.htm> PDF: <http://www.umweltdaten.de/uba-info-presse/pi04/pd04-036.pdf>

\*\*\*

**Berlin, den 26.04.2004. Zum "Tag gegen Lärm" am 28. April 2004. Verkehrslärm konsequent mindern. Beim Straßenverkehr sind weitere Lärm-Minderungen möglich**

Lärm stresst und kann krank machen. Ruhezone sind rar. Über 80 Prozent der Bevölkerung Deutschlands fühlen sich durch Lärm belastigt. Zum "Tag gegen Lärm", am Mittwoch, dem 28. April 2004, weist das Umweltbundesamt (UBA) auf die schleichenden Gefahren des Krachs hin. Alle verfügbaren Maßnahmen zur Minderung des Lärms seien zu nutzen. So könnte zum Beispiel der Straßenverkehrslärm durch geringere Geschwindigkeiten innerhalb der Ortschaften zu einer Lärminderung führen. Dazu notwendige Geschwindigkeits-Begrenzungen müssen die

Straßenverkehrsbehörden vor Ort festlegen. Auch scheinbar geringfügig anmutende Maßnahmen können große Wirkung entfalten und die Lärmbelastigungen der Bürgerinnen und Bürger dauerhaft mindern helfen, falls sie konsequent umgesetzt werden. Eine neue Studie des UBA weist nach: "Akustische" Pegelsenkungen von 1 bis 2 Dezibel [dB (A)] können teilweise Wirkungen hervorrufen, die als Schallminderungen von 6 bis 14 dB (A) wahrgenommen werden.

Die Studie "Können Lärminderungsmaßnahmen mit geringer akustischer Wirkung wahrgenommen werden? - Ein klärendes Wort zur Wahrnehmung von Pegeländerungen" ist im Internet veröffentlicht unter der Adresse: <http://www.umweltbundesamt.de>.

Eine Übersicht über die verschiedenen Aktionen in Deutschland zum "Tag gegen Lärm" gibt es im Internet unter der Adresse <http://www.tag-gegen-laerm.de>.

Das UBA verweist in diesem Zusammenhang auf seine Online-Lärmumfrage im Internet. Per Mausclick können interessierte Bürgerinnen und Bürger unter der Adresse <http://www.umweltbundesamt.de/laermumfrage/> schnell und mit aktuellem Bezug - bei Bedarf sogar rund um die Uhr - ihre gegenwärtigen "Lärmerlebnisse" mitteilen.

HTM: <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2004/pd04-035.htm>, PDF: <http://www.umweltdaten.de/uba-info-presse/pi04/pd04-035.pdf>

\*\*\*

Berlin, den 22.04.04: **Ein unterschätztes Problem: Umweltbedingte Kontaktallergien Über fünf Millionen Bürgerinnen und Bürger betroffen**

**Etwa 15 bis 20 Prozent der Bevölkerung in Deutschland** reagieren sensibel auf mindestens ein häufiger vorkommendes Kontakt-Allergen. Zu diesen gehören zum Beispiel Nickel - aus Modeschmuck - oder **auch Duftstoffe, die in Kosmetika und vielen Produkten des täglichen Lebens enthalten sind**. Rund sieben Prozent der Bevölkerung Deutschlands - das sind mehr als fünf Millionen Menschen - erkranken jährlich am allergischen Kontaktekzem. Das Problem ist: Eine erworbene Sensibilisierung bleibt in der Regel ein Leben lang bestehen. Den Betroffenen bleibt nur, **sich vor dem Kontakt mit dem allergenen Stoff zu schützen**. Das geht aus einer neu veröffentlichten Studie der Zentrale des Informationsverbundes Dermatologischer Kliniken (IVDK), Institut an der Universität Göttingen, hervor, die im Auftrag des Umweltbundesamtes (UBA) erarbeitet wurde. In der groß angelegten Studie wurden über 60.000 Patienten auf Kontaktallergien im privaten Bereich untersucht.

Das allergische Kontaktekzem wird durch Hautkontakt mit allergenen Stoffen hervorgerufen, nachdem es bei einem früheren Kontakt mit diesem Stoff bereits zu einer Sensibilisierung - einer anhaltenden Erhöhung der Empfindlichkeit - gekommen war. Das Problem ist: Eine erworbene Sensibilisierung bleibt in der Regel ein Leben lang bestehen. Den Betroffenen bleibt nur, sich vor dem Kontakt mit dem allergenen Stoff zu schützen. Voraussetzung dafür ist, die wichtigsten Kontakt-Allergene zu kennen.

Am häufigsten reagieren die Menschen auf Nickel. Vor allem Modeschmuck und Piercings führen gerade bei jungen Leuten zu Sensibilisierungen. Erste Erfolge einer Vermeidungsstrategie sind hier aber zu verzeichnen: Nachdem zunächst in Deutschland und später auch in der Europäischen Union die Freisetzung von Nickel aus Produkten begrenzt wurde, ging zwischen 1992 und 2001 die Zahl der Sensibilisierungen zurück. Eine Zunahme von Allergie-Problemen durch die Einführung nickelhaltiger EURO-Münzen ist nicht nachzuweisen.

**Mehr als eine Millionen Menschen in Deutschland reagiert empfindlich auf Duftstoffe oder Duftstoff-Mischungen. Etwa 30.000 Duftstoffe sind bekannt. Zu den wichtigsten Allergenen gehören hier die Stoffe Eichenmoos (mit 6,8 Prozent positiver Reaktionen bei den Probanden) und Isoeugenol (4 Prozent). Bisher liegen noch keine Erkenntnisse vor, ob die Zahl der Duftstoff-Allergiker durch die zunehmende Verwendung von Duftstoffen in Innenräumen ansteigt. Hier sind weitere Untersuchungen erforderlich.**

**Ein weiterer Geruchsstoff mit allergenen Eigenschaften ist Perubalsam, ein Wundsekret aus dem Perubalsam-Baum. Perubalsam wird zum Beispiel in Kosmetika, Süßspeisen, Tabak und Getränken eingesetzt. Die Allergiequote steigt hier an, ältere Jahrgänge sind davon stärker betroffen. Auch Konservierungsstoffe können Allergien auslösen. Sie werden in Kosmetika sowie in vielen anderen Produkten wie Dispersionsfarben und -klebern, Putz- und Reinigungsmitteln sowie in Klimaanlage eingesetzt.**

Durch die Anforderungen des Umweltzeichens "Blauer Engel" - beispielsweise für Dispersionsfarben - wurde der Einsatz einiger Konservierungsstoffe reduziert. Als Folge ist ein Rückgang der Sensibilisierungsquoten eindeutig nachweisbar. Ähnlich positive Entwicklungen lassen sich als Folge von Maßnahmen gegen Formaldehyd sowie auf Terpentinöl beobachten - ein Stoffgemisch, das Allergien gegen verschiedene Terpen-Moleküle anzeigt, die in Naturprodukten enthalten sind. Als weitere problematische Allergene fielen den Forscherinnen und Forschern auf: Verschiedene Kleiderfarbstoffe (insbesondere Dispers Blau 106/124); in Haarfarben verwendete Stoffe wie Phenylendiamin und para-Toluyldiamin sowie Epoxidharze, die in Lacken, Farben und Klebern oder in der Glasfaserkunststoffherstellung, zum Beispiel im Windrotorenbau, Anwendung finden. Im Untersuchungszeitraum von 1995 bis 2002 waren mehr als 60.000 Patienten mit Ekzemen in dem Forschungsprojekt des IVDK mit dem Epikutantest auf vorhandene Sensibilisierungen untersucht worden. Neben Informationen zur Person (wie Alter, Geschlecht und Beruf) wurden dabei auch mögliche Auslöser von Allergie-Erkrankungen - zum Beispiel Farben, Schmuck, Textilien oder Kosmetika - erfasst.

Die Studie "Untersuchung zur Verbreitung umweltbedingter Kontaktallergien mit Schwerpunkt im privaten Bereich" ist in der Reihe WaBoLu-Hefte des Umweltbundesamtes als Nr. 01/04 erschienen, umfasst 313 Seiten und kostet 10 Euro. Sie ist erhältlich bei Werbung und Vertrieb, Wolframstraße 95-96, 12105 Berlin, Telefon: 030/2 11 60 61, Fax: 2 18 13 79; e-Mail: [berlin@wundv.com](mailto:berlin@wundv.com)

HTML: <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2004/pd04-034.htm> PDF: <http://www.umweltdaten.de/uba-info-presse/pi04/pd04-034.pdf>

Anmerkung Scherrmann: Die Problematik „Duftstoffe“ lässt sich nach dieser Studie wohl nicht mehr ignorieren. Ein Handeln wird nicht initiiert. Als Mensch mit einer Duftstoffunverträglichkeit fragt man/frau sich, warum „weitere Untersuchungen erforderlich sind“, warum die vorhandenen Veröffentlichungen (in MEDLINE ca. 800 zu fragrances and health effects) nicht wahrgenommen werden, wann der Gesetzgeber reagiert, wann eine breit angelegte Aufklärung stattfindet. Hervorhebungen: Scherrmann

\*\*\*

**Berlin, den 19.04.04: Noch zu viele Schwermetalle in der Gülle. UBA unterbreitet Vorschläge zur Minderung von Schwermetalleinträgen in landwirtschaftliche Böden**

Wirtschaftsdünger tierischer Herkunft, also Gülle und Mist, enthalten herkunftsbedingt Schwermetalle. Weil Schwermetalle - so auch Kupfer und Zink - die Umwelt belasten können, ist ihr Eintrag in landwirtschaftliche Böden möglichst zu vermeiden. Da Alternativen - wie die Nutzung schadstoffarmer mineralischer Phosphatvorkommen - begrenzt sind und ihr Abbau unter anderem Energie erfordert, ist die landwirtschaftliche Verwertung der Nährstoffe und der organischen Substanz aus den Wirtschaftsdüngern dennoch wünschenswert. Die Schwermetallgehalte in den Wirtschaftsdüngern lassen sich jedoch weiter senken. Das geht aus einer neu veröffentlichten Studie hervor, die im Auftrag des Umweltbundesamtes (UBA) erarbeitet wurde. Strategien zur Minderung der Schwermetalle müssen an der Quelle ansetzen, denn: Wesentliche Eintragsquellen sind Futtermittel und Futterzusatzstoffe. Hinzu kommen zum Beispiel kupferhaltige Klauenbäder.

In 20 Tierproduktionsbetrieben in Deutschland wurden die Ein- und Austräge der Elemente Kupfer und Zink sowie Blei, Cadmium, Chrom und Nickel für das System Stall bilanziert. Zudem wurden Möglichkeiten zur Minderung der Schwermetallgehalte aufgezeigt und bewertet.

Ein zentraler Eintragspfad für die Schwermetalle in Wirtschaftsdünger sind die Futtermittel und deren Zusatzstoffe. Der Anteil wirtschaftseigenen Futters an der Gesamtration und die verwendeten Einstreumengen sind ausschlaggebend für den betriebsinternen Schwermetallkreislauf, der vom

Landwirt nicht direkt beeinflussbar ist. Entscheidende Stellgrößen sind die mineralischen Zusatzstoffe (Supplemente) in den Zukauffuttermitteln sowie die Verwendung der Klauenbäder zur Desinfektion.

Um die Schwermetalleinträge in tierhaltenden Betrieben spürbar zu verringern, müssen Minderungsstrategien an mineralreichen Zukauf-Futtermitteln und anderen elementreichen Betriebsmitteln ansetzen. Aus Gründen des Umweltschutzes sollte zukünftig der Zusatz von Spurenelementen in den Futtermitteln am Bedarf der Tiere ausgerichtet werden.

Das Umweltbundesamt hält weitere systematische Untersuchungen der Einstreumaterialien für wünschenswert, die mit Schwermetallen (wie zum Beispiel Zink) angereichert sind. Das betrifft auch Güllezusatzstoffe sowie Auswirkungen der Materialkorrosion in Ställen. Ein breit angelegtes Monitoring aller Schwermetallflüsse in landwirtschaftlichen Betrieben wäre zudem für die Identifizierung und Quantifizierung bisher nicht ausreichend erfasster Ein- und Austragspfade sinnvoll. Für die Minderung der Schwermetalleinträge in die Umwelt ist eine Ausweitung der Datenbasis zu Futtermitteln erforderlich - und der Aufbau einer allgemein verfügbaren Datenbank für Spurenelemente in Futtermitteln sinnvoll.

Die Studie "Erfassung von Schwermetallströmen in landwirtschaftlichen Tierproduktionsbetrieben und Erarbeitung einer Konzeption zur Verringerung der Schwermetalleinträge durch Wirtschaftsdünger tierischer Herkunft in Agrarökosysteme" ist in der Reihe TEXTE des Umweltbundesamtes als Nr. 06/04 erschienen, umfasst 240 Seiten und kostet 10 Euro. Sie ist erhältlich bei Werbung und Vertrieb, Wolframstraße 95-96, 12105 Berlin, Fax: 2 18 13 79; e-Mail: [berlin@wundv.com](mailto:berlin@wundv.com)

HTML: <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2004/pd04-033.htm> PDF: <http://www.umweltdaten.de/uba-info-presse/pi04/pd04-033.pdf>

Anmerkung Scherrmann: Guelle ist fuer Menschen mit Chemikalien-Unvertraeglichkeiten extrem belastend. Die Schwermetalleintraege sind sicher von Bedeutung. Wann wird die Guelle systematisch auf Anabolika, Antibiotika, Pestizide etc. untersucht?

\*\*\*

Berlin, 16. April 2004. **Jobmotor Umweltschutz: Fast 1,5 Millionen Beschäftigte**

In Deutschland sind fast 1,5 Millionen Erwerbstätige im Umweltschutz beschäftigt. Das sind 3,8 Prozent aller Beschäftigten. Damit hat die Beschäftigung in diesem Bereich seit 1998 weiter zugenommen. Das ist das Ergebnis einer Studie von Wissenschaftlern des DIW, die das Bundesumweltministerium und das Umweltbundesamt (UBA) in Auftrag gegeben haben. Bundesumweltminister Jürgen Trittin: "Umweltschutz bleibt auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ein beschäftigungspolitisch dynamischer Bereich. Die Ergebnisse der Studie zeigen einmal mehr, dass eine anspruchsvolle, zukunftsorientierte Umweltpolitik nicht nur gut für die Umwelt, sondern auch gut für Wirtschaftswachstum und soziale Sicherheit ist." UBA-Präsident Prof. Dr. Andreas Troge: "Fast 1,5 Millionen Arbeitsplätze sind nur die Untergrenze der tatsächlichen Beschäftigungswirkungen des Umweltschutzes. Eine Reihe von Branchen haben wir wegen der Abgrenzungsprobleme oder fehlender Datengrundlagen bewusst nicht einbezogen. Dies gilt beispielsweise für den integrierten Umweltschutz und den Ökotourismus."

Die Berechnungen der Wissenschaftler des DIW (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung) beziehen sich auf das Jahr 2002. Damit wurden die aktuellsten verfügbaren Zahlen zu den Arbeitsplätzen im Umweltschutz ausgewertet.

Die Zahl der Beschäftigten im Vergleich zu 1998 ist insbesondere bei den erneuerbaren Energien (+ 52.000), dem Export von Umwelttechnologie (+ 25.000) sowie bei den umweltbezogenen Dienstleistungen (+ 22.500, davon 3.000 im Zusammenhang mit erneuerbare Energien) gestiegen. Damit konnten Beschäftigungsrückgänge, die auf geringere Umweltschutzinvestitionen insbesondere bei den Gebietskörperschaften und das konjunkturbedingte niedrige Niveau der Ausgaben im produzierenden Gewerbe zurückzuführen sind, mehr als kompensiert werden.

Bundesumweltminister Trittin: "Das dynamische Wachstum der Beschäftigung in Zukunftsfeldern des Umweltschutzes wie den erneuerbaren Energien, modernen Umweltdienstleistungen und dem Export von Umweltschutztechnik belegen, dass hier bedeutende Innovationspfade vorhanden sind. Diese gilt es zu nutzen und weiter auszubauen."

Hinweis: Zu der Studie "Aktualisierung der Schätzung der Beschäftigungszahlen im Umweltschutz" gibt es ein Hintergrundpapier, das im Internet ([www.umweltbundesamt.de](http://www.umweltbundesamt.de), Rubrik "Presse - Hintergrundpapiere") abgerufen werden kann.

HTML: <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2004/pd04-032.htm> PDF:  
<http://www.umweltdaten.de/uba-info-presse/pi04/pd04-032.pdf>

=====

Ende des newsletter/d/66

Alle Angaben ohne Gewähr. Alle Informationen in diesem Newsletter wurden sorgfältig recherchiert. Dennoch kann keine Haftung für die Richtigkeit der gemachten Angaben übernommen werden.

Wenn Sie den newsletter/deutsch nicht mehr erhalten wollen, mailen Sie bitte "Unsubscribe newsletter/deutsch" in der Betreffs-zeile an [info@safer-world.org](mailto:info@safer-world.org)

Ingrid Scherrmann

Fuchsfeldstr. 50, D-88416 Ochsenhausen,

phone: + 49 7352 940529,

email: [info@safer-world.org](mailto:info@safer-world.org) , web: <http://www.safer-world.org>

SAFER WORLD ist ein privates unabhaengiges internationales Internet-Netzwerk fuer eine gesuendere Umwelt